

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarortvertrieb M. 3.30 außerhalb M. 3.40 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Begründet 1877.



Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf. Die 12spaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. Die 14spaltige Zeile oder deren Raum 60 Pf. Die 16spaltige Zeile oder deren Raum 80 Pf. Die 18spaltige Zeile oder deren Raum 100 Pf. Die 20spaltige Zeile oder deren Raum 120 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Bei gerichtl. Eintreibung u. Konturufen ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 282 Druck und Verlag in Altensteig. Mittwoch, den 3. Dezember. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1919.

Die Antwort Clemenceaus auf die letzte deutsche Note.

WZB. Berlin, 3. Dez. Dem deutschen Vertreter in Paris ist am 2. Dez. folgende Note zugegangen:

Sie haben am 27. Nov. ein Schreiben über die Freischaffung der deutschen Kriegsgefangenen an mich gerichtet, das eine Reihe von Behauptungen enthält, deren Scheitern der Ton nicht andeutet, um Ihre Unrichtigkeit zu verdeutlichen.

Ganz allgemein hat Deutschland in der Kriegsgefangenenfrage nur ein in dem von ihm unterzeichneten Friedensvertrag formalisiertes Recht, nämlich auf Beginn der Freischaffung mit dem Tage der Inkraftsetzung des Vertrages, die auf den endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunde folgt. Jede Abweichung von diesen Bestimmungen, die für die Vertragsparteien gesetzt sind, ist eine Vergünstigung. Die Behauptung, die Gefangenen seien schuldlos und für die Kriegsvorgänge nicht verantwortlich, hält übrigens der Prüfung nicht stand.

Ihre Note erklärt, die französische Regierung habe zuerst am 29. August 1919 und später aus Anlaß der deutschen Kohlenlieferungen oder bei Zahlung einer Million an das Rote Kreuz als Sühne für die Ermordung des Sergeanten Mannheim in Berlin bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der früheren Freischaffung der deutschen Kriegsgefangenen übernommen. Diese dreifache Behauptung entbehrt der Begründung. Niemals ist die französische Regierung eine eigene Verpflichtung in der Frage eingegangen, die zur Befreiung der Gefangenen der Verbündeten gehört. Die Erklärung vom 29. August, die aus Gründen der Menschlichkeit und nicht gegen etwaige Zugeständnisse von deutscher Seite den Entschluß der Verbündeten verkündet hat, das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinsichtlich der Freischaffung der Gefangenen vorzubehalten, ist später erfolgt als die Besprechungen über die Kohlenfrage und diejenigen über den Sergeanten Mannheim, die dabei jedenfalls eine vollauf befriedigende Lösung dadurch gefunden haben, daß die französische Regierung der Freischaffung zugestimmt hat. Diese Erklärung ist nicht zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung in der Form eines aus Verhandlungen hervorgegangenen Besprechens vereinbart worden, es ist dies eine humanitäre Erklärung aller Verbündeten über die Gesamtheit der von ihnen gemachten deutschen Gefangenen.

Die Erklärung verkündet: 1. den sofortigen Beginn der Freischaffung, 2. die mögliche Unterbrechung dieser wohlwollenden Politik für den Fall, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht alle die Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand, die sie bis zur endgültigen Ratifizierung des Vertrags binden, erfüllen sollten.

Gemäß diesem einseitigen Beschluß der Verbündeten hat die Freischaffung sofort begonnen und ist mehrere Monate lang durch die Rückkehr der deutschen Gefangenen aus England, Amerika und Belgien vorverwirklicht worden.

Wiederum gemäß der Erklärung vom 29. August wurde die Freischaffung der Gefangenen eingestellt wegen der Nichterfüllung und der unvollständigen Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstands durch die deutsche Regierung.

Das Versprechen und die Drohung, die von der Gesamtheit der Alliierten aus freien Stücken ausgesprochen wurden, sind hiernach strikte ausgeführt worden.

Durch die Note vom 1. November sind der deutschen Regierung ihre Verstöße gegen die beim Waffenstillstand vom 11. November 1918, also gerade vor einem Jahr, übernommenen Verpflichtungen vorgehalten worden. Sie wurde von den Maßnahmen und Strafen unterrichtet, die vorgesehen sind, um die vollkommene Durchführung der im Friedensvertrag nicht erneuerten Waffenstillstandsbedingungen zu sichern. Die französische Regierung verfolgt keine auf die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen gestützte Politik und bedient sich ihrer nicht als Druckmittel. Sie hält sich lediglich an die Bestimmungen des Vertrags und wenn die im Monat August eingeleiteten wohlwollenden Maßnahmen nicht bis zu Ende durchgeführt wurden, so ist dies ausschließlich auf die Verstöße der deutschen Regierung gegen ihre eigenen Verpflichtungen zurückzuführen.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands für die Verzögerung in der Freischaffung der Gefangenen ergibt sich unmittelbar und schlagend aus der Tatsache, daß auf die Note der Alliierten vom 1. November keine Antwort erteilt wurde und daß die deutschen Vertreter, nachdem sie zur Regelung der Arbeit der zur Ausführung des Friedensvertrages eingesetzten Kommissionen nach Paris entsandt waren, zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder nach Berlin zurückberufen wurden, obwohl das Datum und das Verfahren für die Prüfung der aufgeworfenen Fragen im Einvernehmen mit diesen Delegierten festgesetzt worden waren.

Die deutsche Regierung ist es, die sich der Frage der Kriegsgefangenen zur Erregung der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Alliierten und ganz besonders gegen Frankreich zu bedienen sucht. Dies wird durch die Tatsache erwiesen, daß die Konferenz die Ratifikation und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, der auch für den Zeitpunkt der demnächstigen Rückkehr der Gefangenen maßgebend ist, auf den 1. Dezember festgesetzt hatte. Anstatt sich an den in Aussicht genommenen Abschlußverhandlungen zu beteiligen, hat die deutsche Regierung eine bilatorische Haltung eingenommen und in einem unerträglichen Ton eine Erörterung über die Freischaffung der Gefangenen eröffnet, obwohl es in ihrer Macht stand, daß diese sogleich nach Ende vorigen Monats d. h. nach wenigen Tagen, heimkehrten. Der hinhaltende Charakter dieses Vorgehens und die in der Ratifikation durch das eigene Verhalten Deutschlands einzetretene Verzögerung lassen die volle Verantwortung für das Verbleiben der Gefangenen in Frankreich, wo sie übrigens nicht nur human, sondern mit Wohlwollen behandelt werden, auf Deutschland zurückfallen.

Ohne weder auf die im übrigen der Richtigstellung bedürftigen Verteidigungsberichte hinsichtlich Schleswigs und Oberschlesiens, auf die Frage der baltischen Provinzen (wo Deutschland sich erst auf starken Zwang hin zur teilweisen Erfüllung seiner Verpflichtungen verstanden hat), noch auf Artikel 61 der Verfassung, der bis zum heutigen Tag noch nicht aufgehoben ist (womit noch die deutsche Regierung stets den letzten Augenblick und einen moralischen oder tatsächlichen Zwang ab, ehe sie ihren Verpflichtungen nachkommt), noch schließlich auf die lächerliche Behauptung einzugehen, daß Deutschland auf seine Propaganda verzichtet habe (von der die Alliierten so viele unabweisbare Beweise besitzen) will ich mich nur mit der Frage der Auslieferung der Schulddelicten beschäftigen.

Die Deutschen leugnen selbst nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden sind, und daß das sittliche Gefühl der Welt verletzt wäre, wenn die Verbrechen, deren Urheber bekannt sind, ungeahndet blieben.

Kein Mensch, der durch die nördlichen Teile Frankreichs u. Belgiens kommt und mit eigenen Augen sieht, wie Provinzen planmäßig verwüstet, alle Industrieanlagen dem Boden gleich gemacht, die Wohnstätten mit methodischer Wildheit in Schutt verwanbelt, alle Obstbäume einen Meter über dem Boden durchgeholt, die Bergwerke gesprengt und zerstört, die menschliche Arbeit ganzer Jahrhunderte hinfällig vernichtet ist, kann das Jögren Deutschlands begreifen, sich mit der Wiedergutmachung dieser Frevel abzufinden. Wenn derselbe unparteiische Beobachter dann aus dem Munde der Bewohner hört, welche Behandlung sie vier Jahre hindurch ertragen haben, welche abschreckenden Gewalttaten u. Zwangsmittel gegen Mädchen angewandt wurden, die in unerhörter Weise von ihren Familien getrennt worden waren, könnte er seine Enttäuschung über die Stellungnahme Deutschlands und den anmaßenden Ton seiner Note nicht zurückhalten. Die Alliierten sind aufs höchste erlaunt, zu sehen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch jetzt der deutschen Verantwortlichkeit so wenig bewusst ist und nicht selbst die gerechte Bestrafung der begangenen Verbrechen fordert, daß ferner die Verbrecher weder auf noch Vaterlandsliebe genug besitzen, um freiwillig dem verdienten Urteil entgegenzugehen, ihre Handlungen vor Gericht zu verteidigen und ihrem Lande die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erleichtern.

Solange das deutsche Gewissen nicht, was die ganze Welt begreift, einsteht, daß das Unrecht wieder gut gemacht werden muß und diese Verbrecher ihre Strafe finden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, daß es in die Gesellschaft der Völker wieder eintreten kann, noch bei den Alliierten Verzeihung für seine Vergehen und Milderung der gerechten Friedensbedingungen erlangen wird.

Genehmigen Sie usw. (Sg.): Clemenceau.

Die deutschen Aften über den Kriegsausbruch.

Die Londoner „Times“ veröffentlicht Auszüge aus dem deutschen Aftenmaterial, das bekanntlich seinerzeit dem Sozialisten Kautsky zur Bearbeitung übergeben worden war. In den Veröffentlichungen der „Times“ spielt die Angelegenheit des angeblichen „Kronrats“ vom 5. und 6. Juli 1914 eine Rolle. Neben einem angeblichen Befehl Molittes an den Generalstab vom 5. August, in dem „mitleidlose Kriegsmethoden“, namentlich gegen England, angeordnet worden seien, werden vor allem handschriftliche Randbemerkungen des Kaisers (am 30. Juli: „Jetzt oder nie“, und am selben Tage heftige Bemerkungen gegen England, von dem er befürchtete, daß es eingreifen und seine Pläne durchkreuzen werde usw.) im Vordergrund stehen. Was auch der Inhalt der Aften sein mag: Es ist tief beklagenswert, daß es der englischen Presse möglich ist, mit der Enthüllung von Dingen zu beginnen, die dem deutschen Volk noch nicht bekannt und darum schwer kontrollierbar sind.

Wie kam die „Times“ in den Besitz des Materials?

Für Sache selbst gibt der Bericht eines Vertreters des Wolffschen Büros erwünschten Aufschluß, der mit dem Grafen Montgelas (einem der drei Nachfolger Kautskys bei der Aftenbearbeitung) ein Gespräch geführt hat. Montgelas sagte ihm:

Kautsky hat gegen die gegen seinen Willen erfolgten Veröffentlichungen der „Times“ Protest erhoben.

Was den Inhalt der aus dem Zusammenhang gerissenen Angaben des englischen Blattes betrifft, so wird zunächst der angebliche „Kriegsrat“ nur in der Aftennotiz vom 30. August 1917 ohne namentliche Angabe der Quelle erwähnt. Anfragen bei allen in Betracht kommenden Behörden und Personen ergaben die Unrichtigkeit dieser mehr als drei Jahre nach den Ereignissen gemachten Aufzeichnung. Kaiser Wilhelm empfing lediglich am 6. Juli, bevor er 9 Uhr 15 von Potsdam nach Kiel abreiste, vier Offiziere einzeln zu einem Botschaftsunter vier Augen und unterrichtete sie dabei kurz, daß Oesterreich-Ungarn gegen Serbien vorzugehen beabsichtige, woraus sich möglicherweise, seiner Auffassung nach aber nicht wahrscheinlichweise eine Spannung der militärischen und politischen Lage ergeben könnte.

Ein Befehl des Generalobersten v. Molitte an den Generalstab zur Anwendung „mitleidloser Kriegsmethoden, namentlich gegen England“ besteht nicht, sondern in einem Schreiben an das Auswärtige Amt betont der General die Notwendigkeit, „alle Mittel zu erschöpfen, die zum Siege führen können“ und folgert aus der streupförmigen Politik der Gegner die Berechtigung zu „rücksichtslosen Vorgehen“, unter dem nicht etwa besonders harte Kampfmethoden, sondern der Versuch gemeint ist, in Polen, Indien, Ägypten und dem Kaukasus Aufstände hervorzurufen.

Die Randbemerkung des Kaisers „jetzt oder nie“ findet sich — einmal — bei einem vom 30. Juni datierten Bericht aus Wien, worin gesagt wird, daß man in Oesterreich auch bei ernstlichen Deuten vielfach den Wunsch hege, „es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet“ werden. Die Bemerkung bezieht sich also auf eine Aktion gegen Serbien. Die Randbemerkungen vom 30. Juli, auf welche die „Times“ gleichfalls anspielt, zeigen ein sehr widerspruchsvolles Bild. Ausfälle gegen England wechseln mit eifriger Unterstützung des englischen

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919. Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark. Erste Gewinnziehung im März 1920.

Altensteig-Stadt.
**Holzbeifuhrrakkord und Verkauf
 von Dung aus dem Farrenstall,
 Abfallholz und Reisig.**

Morgen Donnerstag, den 4. ds.
 kommt nachm. 4 Uhr
 1. das Abfallholz von dem Sleg bei Theurers Sägwert,
 2. eine kleine Menge Reisig aus Hainerswald;
 nachm. 5 Uhr
 3. Dung aus dem Farrenstall, zum Verkauf;
 4. die Beifuhre von 17 Rm. Brennholz aus Langenberg und Bahler
 und von 79 Rm. Stockholz aus Priemen, Lannbach zu den Kdt.
 Gebäuden etc. zur Vergebung und zwar
 Stf. 1 u. 2 bei genanntem Sleg, Stf. 3 u. 4 auf dem Rathaus.

Stadtpflege.

Sparkasse Altensteig
 e. G. m. b. H.

Gemäß Aufsichtsratsbeschluss vom 29. v. Mts. werden
 mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an für die **Verwahrung
 und Verwaltung der deponierten Wertpapiere**
 von den Hinterlegern für jedes angefangene Rechnungsjahr
 (Kalenderjahr) folgende

Gebühren

erhoben:

a) bei einem Kennwert bis zu 500	0 Pfg.
b) " " über 500 Mt. bis 2000 Mt.	50 "
c) " " " 2000 " 5000 "	1 Mt.
d) " " " 5000 " 10000 "	2 "
e) " " " 10000 "	3 "

Den 2. Dez. 1919.

Vorstand:

Weller. Woll.

Gutdurchreparierte

Hand-Dreschmaschine

mit Fahrradantrieb, Messinglagern, fahrbar zu Mt. 120.— verkäuflich.
Gebr. Dürr, Rohrdorf.

Jurkami Pfalzgrafenweiler.
**Reis- u. Laub-Verkauf
 und Wiesenverpachtung.**

An Freitag, den 5. Dezbr.
 1919, nachm. 4 Uhr in der Wald-
 sägmühle aus Staatswald Abt. 136
 Findelsteich und 14 Grenzsteigle: 16
 Lose unanbereitetes Nadelreis teils
 mit Buchen gemischt, mit vielen Fich-
 lenstangen; daran anschließend 17
 Lose Laub von Wegen der Guten
 Ebelweiler, Kälberbronn und Brönn-
 bach. Ferner wird die Wasserwiese
 Parz. 112 auf Markung Kälberbronn
 im Neßgehalt von 0,76 ha (og.
 Rohrschwiese) u. ein Teil der Wiese
 Parz. 622 auf Markung Herzogs-
 weiler im Neßgehalt von 0,08 ha
 auf 12 Jahre verpachtet.

Altensteig.

Verkaufe einen bereits neuen dop-
 pelt 8 Meter langen

Riemen

Kamelhaar, 8 1/2 cm breit, eine
Pumpe
 und eine neue

Delkanne

zirka 20 Ltr. haltend

Jakob Böckle.

Sämliche

reine Gewürze

zum Backen und Schlachten
 empfiehlt

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +
 — Telefon 41 —

Fußschweiß

ist höchst nass, weiche Haut und
 Wundlaufen, verliert teure Strümpf und
 Schuh und verdirbt sich. Ist. Verusch.
 Drum fort damit! Santas-Fußwas-
 ser verhilft jede Schweißblüde, trockn.
 wärmt, lösend. Stumpf u. Fußsohl. u.
 ist eine Wohlthat u. Erleichterung f. Jedermann.
 1 Flasche 4.50, 3 Flaschen 12.— Mark.
 Santas-Verlag Heidelberg. [116.

Sind unter

Nummer 83

an das Telephonnetz angeschlossen

Cementwaren- und Terrazzofabrik
Otto Klöpfer

R. Haug, techn. Bureau.
 (Mietveranschlagung)

Notizbücher

in einfacher und feiner Ausführung
 sind wieder in großer Auswahl eingetroffen
 in der

W. Rieker'schen Buchhdlg.

**Säg-Mühle, Mahl-Mühle
 Fabrik oder Gebäude**

mit Wasserkraft zu kaufen gesucht. Angebote an

Stephan & Frank, Pforzheim
 Zähringer Allee.

Jedes Quantum

Tafel-Obst

kauft

Gottlieb Gutekunst
 Feinbäckerei, Altensteig.

Automobile

fahrbar oder stat. bis 12 qm
 Heizfläche erst. auch mit

Dreschmaschine

kauft gegen Kassa
 Reichth. Steber, Amberg-Obpf.

Praktische Weihnachts-Geschenke

wie

- Postkarten-Album
- Poesie "
- Schreib- "
- Schreibmappen
- Schreib-Unterlagen
- Liebhaber-Photoalbum

- Jugendbücher
- Bilderbücher
- Bergischmeinnichte
- Gebetbücher
- Kochbücher
- Merkbücher

- Bisitenkarten
- Briefkassetten
- Briefblocks
- Brieftaschen
- Geldtäschchen
- Gesangbuchtäschchen

empfehl die

W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

